

Schule Aktuell

mit Nachrichtenblatt



Positive Bilanz zum Jahr der politischen Bildung



Masernschutzgesetz

Was bedeutet das für die Schulen und was ist zu tun?

4

700.000 Euro vom Bund

Drei NS-Gedenkstätten in Schleswig-Holstein werden drei Jahre lang gefördert

5

Jahr der politischen Bildung

2019 wurden viele neue Impulse gesetzt - 2020 geht es weiter

6



Bus, Bahn oder Flieger?

Blitzumfrage zu Reisezielen und Verkehrsmitteln bei Klassenfahrten

8

Netzwerken zum DigitalPakt Schule

Medienberater des IQSH unterstützen die Schulträger bei der Digitalisierung

9



IMPRESSUM

Herausgeber:
Ministerium für Bildung, Wissenschaft
und Kultur des Landes Schleswig-Holstein
Redaktion: Patricia Zimnik, Beate Hinse
E-Mail: schule.aktuell@bimi.landsh.de

Layout und Grafik: Kay Czucha, Kiel
Fotos: Titel, MBWK; S. 4, MBWK; S. 6, Joachim
Welding; S. 8, grafikfoto; S. 9, Joachim Welding
Druck und Vertrieb: Schmidt & Klaunig, Kiel,
Telefon: 0431/66 06 40, Telefax: 0431/660 64 24

Verantwortlich für den Anzeigenteil:
A.V.I. ALLGEMEINE VERLAGS- UND
INFORMATIONSGESELLSCHAFT MBH,
Hauptstraße 68 A, 30916 Isernhagen
Telefon: 05139/98 56 59-0
Fax: 05139/98 56 59-9
E-Mail: info@avi-fachmedien.de
Informationen im Internet unter
www.bildung.schleswig-holstein.de oder
www.schleswig-holstein.de

„Schule aktuell“ erscheint als redaktioneller
Beitrag zum Nachrichtenblatt des Ministeriums

für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes
Schleswig-Holstein. Diese Informationsschrift
wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.
Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffent-
lichkeitsarbeit der Schleswig-Holsteinischen
Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder
von Parteien noch Personen die Wahlwerbung
oder Wahlhilfe betreiben im Wahlkampf zum
Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.
Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorste-
henden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer
Weise verwendet werden, die als Parteinahme
der Landesregierung zugunsten einzelner Grup-
pen verstanden werden könnte.

Nach der Schule zum Land

Maya Haug aus dem achten Jahrgang der Elisabeth-Selbert-Gemeinschaftsschule in Bad Schwartau hat schon eine Idee, was sie nach der Schule machen möchte: „Ich würde gern zur Polizei gehen“, sagt sie. Aber es gibt noch viele andere Möglichkeiten im Öffentlichen Dienst. Bei der Ausstellungsmesse des Landes im Lübecker Citti-Park präsentierten sich die öffentlichen Arbeitgeber und warben um Nachwuchs.

Bildungsministerin Karin Prien besuchte bei dieser Gelegenheit nicht nur den Stand des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, an dem für Lehrernachwuchs geworben wurde. Sie begleitete auch Maya Wilken und Jette Wilken auf ihrer Tour über die Messe. „Das ist eine gute Werbung für die vielfältigen beruflichen Möglichkeiten, die sich im Öffentlichen Dienst bieten“, so Prien. Und in der Tat präsentierten sich auf der Messe nicht nur das Oberlandesgericht Schleswig, die Justizvollzugsschule, Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und die Staatskanzlei, sondern unter anderem auch die Landespolizei, das Landesamt für Vermessung und



Bildungsministerin Karin Prien begleitet Jette Wilken und Maya Haug auf der Info-Tour über die Ausbildungsmesse im Citti-Park.

Geoinformation, die Steuerverwaltung, der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr und das Landeslabor und noch weitere mehr. Für Bildungsministerin Prien sind solche Messen eine gute Ergänzung zum berufsorientierenden Unterrichtsangebot in den Schulen. „Hier können die Schülerinnen und Schüler mit den Praktizierenden sprechen, ihre

Fragen stellen und aus erster Hand Antworten bekommen“, so Prien.

Maya und Jette haben auf jeden Fall noch ein paar neue Anregungen bekommen. „Die Informationen zum Lehrerberuf waren auch ganz interessant“, stellt Jette am Ende des Rundgangs fest.

Das neue Masernschutzgesetz: Was ist zu tun?

Zum 1. März 2020 tritt das Masernschutzgesetz in Kraft. Masern gehören zu den ansteckendsten Infektionskrankheiten, eine Infektionsübertragung ist ohne direkten Kontakt möglich. Die Erkrankung kann mit schwerwiegenden Komplikationen und Folgeerkrankungen einhergehen. Den besten Schutz vor Masern bieten Impfungen. Sie sorgen für eine lebenslange Immunität. Nicht geimpft zu sein bedeutet nicht nur eine Gefahr für das eigene körperliche Wohlergehen, sondern stellt auch ein Risiko für andere Personen dar, die etwa auf Grund ihres Alters oder besonderer gesundheitlicher Einschränkungen nicht geimpft werden können.

Das Masernschutzgesetz verpflichtet deshalb unter anderem Schülerinnen und Schüler sowie in Schulen tätige Personen dazu, einen Nachweis über einen bestehenden Masernschutz bei den

Leitungen der Gemeinschaftseinrichtungen wie Kindergärten oder Schulen vorzulegen. Diese wiederum sind verpflichtet, die Erfüllung des Nachweises zu überprüfen.

Die Umsetzung dieses Gesetzes wird Schulleitungen und Schulträger vor neue Herausforderungen stellen. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat deshalb in Kooperation mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren (MSGJFS) Hinweise und Materialien entwickelt, um die Schulen bei der Umsetzung des Gesetzes zu unterstützen. Auf der Homepage des Bildungsministeriums sind unter der Adresse www.schleswig-holstein.de/masern-schule alle wichtigen Informationen zusammengestellt. Und für weitergehende Fragen gibt es folgende E-Mail: masernschule@bimi.landsh.de

Angebote zur Medienbildung

Schulen, die auch außerhalb des regulären Unterrichts Angebote zur Medienbildung machen möchten, oder Vereine und Institutionen, die Projekte zur Medienbildung an Schulen anbieten möchten, können nun finanzielle Förderung beantragen. Das Land Schleswig-Holstein und der Offene Kanal Schleswig-Holstein (OKSH) haben jetzt einen Vertrag geschlossen, mit dem das Land dem OKSH Mittel zur Förderung der Maßnahmen Dritter zur Vermittlung von Medienkompetenz zur Verfügung stellt. Anträge können noch bis zum 16. März an den OKSH, Peter Willers, Hamburger Chaussee 36, 24113 Kiel, gestellt werden.

► WEITERE INFORMATIONEN

www.oksh.de/informieren/rechtsfragen/oksh-foerderrichtlinie-fuer-die-vermittlung-von-medienkompetenz/

700.000 Euro vom Bund für Erinnerungskultur im Norden

Drei NS-Gedenkstätten in Schleswig-Holstein werden drei Jahre lang über das Bundesprogramm „Jugend erinnert“ gefördert. Mit dem Förderprogramm unterstützt die Staatsministerin für Kultur und Medien die Entwicklung neuer Formen der Bildungsarbeit in NS-Gedenkstätten und Dokumentationszentren. Drei Gedenkstätten aus Schleswig-Holstein waren mit ihren Projektanträgen erfolgreich und erhalten insgesamt 700.000 Euro.

Bildungsministerin Karin Prien beglückwünschte die Einrichtungen und wies darauf hin, dass auch 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine reflektierte Erinnerung an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und den Holocaust notwendig sei. „Die Befassung mit der deutschen Vergangenheit schulden wir den Überlebenden und den Nach-

kommen und sie dient auch dazu, die richtigen Schlüsse für die Gegenwart und die Zukunft zu ziehen“, sagte die Ministerin.

Die Gedenkstätte Ahrensböök wird mit 200.000 Euro gefördert. Die Gedenkstätte bietet ihren Besucherinnen und Besuchern eine moderne Dauerausstellung zu fünf Themenfeldern an. Im Direktorenhaus der ehemaligen Zuckerfabrik bestand 1933 ein frühes Konzentrationslager. Ziel der pädagogischen Arbeit ist es vorrangig junge Menschen anzusprechen. Unter anderem wird nun eine website zum Todesmarsch durch Ostholstein erarbeitet.

Ebenfalls 200.000 Euro erhält die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen für ihre Arbeit. Unter der Überschrift „Erinnerung ins Land tragen“ hat die Gedenkstätte einen Schwerpunkt da-

rauf gelegt, mit der Entwicklung und Etablierung eines dauerhaften Fortbildungsprogramms Multiplikatoren auszubilden. Dabei wendet sich die Gedenkstätte an Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst aller Schularten. Unter anderem werden Workshops und Summerschools angeboten.

Mit 300.000 Euro wird die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund gefördert. Gemeinsam mit der KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing und der Nordsee-Akademie in Leck verfolgt Ladelund das Ziel einer historisch-politischen Bildungsarbeit, die den Bezug zwischen Vergangenheit und Gegenwart herstellt. Auch hier steht eine zeitgemäße Vermittlungsarbeit für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Mittelpunkt. Unter anderem ist ein erstes internationales Jugend-Sommercamp geplant.

Anzeigen



Privatklinik Eberl BAD TÖLZ

Alle Zulassungen für Sanatoriums- und stationäre Maßnahmen:

Psychosomatik / Burn-Out, Orthopädie, Innere Medizin

- modernste Diagnostik und Therapie
- großer Fitnessraum, Sauna, Dampfbad
- Thermal-Schwimmbad (31 – 32 °C)

Kostenträger: Beihilfe und private Krankenkassen



Privatklinik Eberl
 Buchener Straße 17
 D – 83646 Bad Tölz
 Telefon: 08041.78 72-0
 Fax: 08041.78 72-78
 info@privatklinik-eberl.de
 www.privatklinik-eberl.de



www.kraftzwerg.de

05323-84411 | info@kraftzwerg.de

Beachten Sie bitte die Beilagen
 in dieser Ausgabe:
**Forum Verlag Herkert GmbH und
 Seibert GmbH Multi-Media Verlag**

**Anzeigenschluss
 für die März-Ausgabe
 ist am 09.03.2020**

Positive Bilanz

Politik-Profis stellen sich den Fragen, die den Schülerinnen und Schülern auf den Nägeln brennen: Diese Chance nutzten im „Jahr der politischen Bildung“ insgesamt 38 Schulen in Schleswig-Holstein. Im Rahmen des Projektes „dialogP – Jugend und Politik im Dialog“ besuchten jeweils fünf Landtagsabgeordnete von fünf Parteien Gemeinschaftsschulen und Gymnasien im Land. „Schule aktuell“ war beim politischen Meinungsaustausch in der Klaus-Groth-Schule Neumünster dabei.

Normalerweise sitzen die Jugendlichen an fünf Thementischen zusammen, um bei dialogP den Politikerinnen und Politikern nacheinander „auf den Zahn zu fühlen“. An diesem Tag im Gymnasium in Neumünster sind es ausnahmsweise sechs Tischgruppen. Denn Bildungsministerin Karin Prien hat sich in die Dialogrunden miteingereiht. Gekommen sind außerdem Wolf-Rüdiger Fehrs (CDU), Kai Vogel (SPD), Landtagsvizepräsidentin Aminata Touré (Grüne), Stephan Holowaty (FDP) und Jörg Nobis (AfD).

„Auf die Füße treten ist erlaubt. Wichtig ist, mit den Anderen in den Dialog zu treten, um Kompromisse zu finden – das ist ganz schön schwer und gelingt nicht immer“, erklärt die Ministerin. „Es darf alles gesagt werden, aber es gibt Regeln.“ In der Aula der Klaus-Groth-Schule lauschen 60 Jugendliche aus der 11. und 12. Klassenstufe den einleitenden Worten, ihre Notizen liegen auf dem Tisch. Eine Woche lang haben sie sich auf den Meinungsaustausch mit den Profis vorbereitet – unter Regie des Politiklehrers Felix Arntzen, der seine Schule bei dialogP angemeldet hat.

Bevor es richtig losgeht, interviewt die Oberstufenschülerin Hannah Graff die Abgeordneten, anschließend moderiert sie gemeinsam mit Maximilian Renk die zweistündige Dialogrunde souverän. „Soll ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt werden?“, lautet eines der kontrovers diskutierten Themen, dem sich alle sechs „Kandidaten“ der Reihe nach stellen müssen. Mit ihrem Namensschild wandern die Politikerinnen und Politiker von einem Thementisch zum nächsten. Viel Zeit zum Verschnaufen haben sie nicht, denn die Schülerinnen



An der Klaus-Groth-Schule in Neumünster stellten sich Politikerinnen und Politiker den kritischen Fragen der Jugendlichen.

und Schüler sind bestens vorbereitet, sie kennen Fakten und Hintergründe zu allen Themen.

Dialog P war nur eines von vielen Projekten im „Jahr der politischen Bildung“. Die Bandbreite der Aktionen war groß. Juniorwahl KIDS etwa ist ein Format zur politischen Bildung, das Schülerinnen und Schüler in Grundschulen frühzeitig demokratische Teilhabe vermitteln möchte. Dabei werden die Kinder spielerisch an die Themen Politik und Wahlen herangeführt und dürfen abschließend in einem simulierten Wahlakt über fiktive Parteien, deren Inhalte sie selbst erarbeitet haben, ihre Stimme abgeben. So wurden an den teilnehmenden Grundschulen zum Beispiel eine Sportpartei, die Partei gegen Kriege, die Antimobbing Partei oder die Partei gegen Hausaufgaben gegründet und als Wahlziel wurden etwa Gratis Eis und weniger Unterrichtszeit, größere Fußballtore und mehr Sportgeräte oder gemeinsame Klassenaktivitäten angeben.

Im Projekt „Openion“ wiederum, das gemeinsam mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung angeboten wurde, geht es darum, Schulen und außerschulische Partner im Bereich der Partizipation und politischen Bildung miteinander zu verbinden. In Schleswig-Holstein engagieren sich Schulen in 16 Projekten zu Themen wie Werteverständnis, Meinungsbildung, Toleranz oder Zivilcourage. Dort erproben Schülerinnen und Schüler zwischen 10 und 16 Jahren Formen der Demokratiebildung.

Auch die Kultur spielt eine wichtige Rolle in der Demokratiebildung. Junge Erwachsene aus dem FSJ Kultur haben in Zusammenarbeit mit der Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg Filme zum Thema Demokratiebildung produziert. So entstand etwa ein Film zum Thema Klassensprecher, mit dessen Hilfe Lehrkräfte die Bedeutung einer Wahl und die Aufgaben eines Klassensprechers thematisieren können.

Das Programm des „Jahres der politischen Bildung“ war ebenso vielfältig wie es die unterschiedlichen Aspekte des Themas selbst sind: An der Theodor-Storm-Schule in Husum entstand im „Jahr der politischen Bildung“ das Filmprojekt über das Leben von Sinti und Roma in Schleswig-Holstein. Die neu gegründete IMAG Demokratiebildung, eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aus Schule, politischer Bildung, Jugendorganisationen und Politik trug zur besseren Vernetzung aller Institutionen bei, beim Barcamp im Neumünster wurden neue Veranstaltungsformen erprobt und bei Fortbildungen für Schulleitungen wurde die „Demokratiebildung“ als Thema der Schulentwicklung be-

handelt. Es wurden auch Angebote zum Jahrestag des Mauerfalls am 9. November gemacht und in vielen Gemeinden wurden Kinder- und Jugendbeiräte gewählt.

Insgesamt wurden mit dem „Jahr der politischen Bildung“ viele Akteure aktiviert und zusammengeführt. Viele außerschulische Partner und Einzelpersonen haben sich gemeldet und ihre Ideen angeboten. Das Jahr hat einen Anstoß gegeben sich mit diesem Thema weiter zu befassen. Besonders intensiv gestaltete sich die Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung und dem Landesdemokratiezentrum. 2020 wird die Arbeit fortgesetzt. Die Schulen

haben viele Anregungen erhalten, sich weiter mit diesem Thema zu befassen und es intensiver in den Schulalltag zu integrieren. Unter anderem wird das Projekt „Dialog P“ mit weiteren 35 Schulen fortgeführt. Dafür stehen 35.000 Euro bereit. Außerdem soll eine Handreichung zur Querschnittsaufgabe Demokratiebildung in Anlehnung an bereits bestehendes Material aus anderen Bundesländern erarbeitet werden, Fortbildungsveranstaltungen zum Yad-Vashem-Unterrichtsmaterial „Was geht mich die Geschichte an?“ werden angeboten und nicht zuletzt wird die „Schule des Jahres Schleswig-Holstein 2020“ ausgezeichnet für beispielhafte Demokratiebildung in Schule und Unterricht.

Liebe Leserinnen und Leser,



das Jahr 2019 stand an unseren Schulen im Zeichen der politischen Bildung. Es gab eine Vielzahl von Veranstaltungen, Projekten und Aktionen,

die die Bedeutung der Demokratieerziehung im Schulleben im vergangenen Jahr noch einmal stärker in den Fokus gerückt haben.

Ich danke allen Schulleitungen, den Lehrkräften, den Schülerinnen und Schülern und den außerschulischen Partnern, die das Jahr der politischen Bildung mit spannenden Veranstaltungen, Projekten und Unterrichtsstunden gestaltet haben. Für mich ist nach diesem Jahr noch klarer: Politische Bildung ist immer als fächer-, schulart- und jahrgangsübergreifende Aufgabe zu verstehen, die auch von der Ausgestaltung und Wahrnehmung der Mitwirkungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler im Schullalltag lebt. Das spiegelt sich unter anderem im Aktionskalender „Impulse für Demokratie“ wider, der noch das ganze Schuljahr 2019/20 hindurch - und hoffentlich darüber hinaus - fächerübergreifend anwendbare demokratiepädagogische Anregungen gibt.

Besonders hinweisen möchte ich zudem auf die Bildungsangebote des EU-Parlaments, des Deutschen Bundestags, des Schleswig-Holsteinischen Landtags sowie der Kommunalparlamente. Die politischen Informationsfahrten des Bundespresseamts, die über die Abgeordneten des Deutschen Bundestages angeboten werden, sind genauso ein Baustein politischer Bildung wie ein Besuch des Landtags in Kiel. Auch Angebote des Landesbeauftragten für politische Bildung sowie Seminar- und Vortragsangebote der politischen Stiftungen sind weitere Möglichkeiten, politische Bildung auf vielfältige Weise als Querschnittsaufgabe in den Unterricht zu integrieren.

Ungeachtet dieses Querschnittscharakters ist eine ausreichende und zuverlässige Verankerung der politischen Bildung und Demokratieerziehung im Fachunterricht notwendig. Diese unterrichtliche Verankerung hat ihren Platz vor allem in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern. Das Fach Wirtschaft/Politik spielt dabei eine besondere Rolle: Es vermittelt Systemkenntnis über das Funktionieren demokratischer Willensbildung und eröffnet dadurch Mitwirkungsmöglichkeiten. Zugleich fördert es systematisch politische Urteilsbildung als Voraussetzung für eigene Handlungsfähigkeit.

Der Unterrichtsstatistik ist zu entnehmen, dass das Fach zwar an nahezu allen Schulen regelmäßig unterrichtet wird, sich aber das Unterrichtsvolumen in der Sekundarstufe 1 von Schule zu Schule unterscheidet. Es ist mir ein Anliegen, an allen Schulen vergleichbare Rahmenbedingungen herzustellen, die eine kontinuierliche fachliche Verankerung der politischen Bildung in Schulen sichert. Ab dem Schuljahr 2020/21 sollen deshalb aufwachsend ab Jahrgangsstufe 7 an allen Gemeinschaftsschulen mit und ohne Oberstufe sowie an allen Gymnasien im Rahmen der Kontingenztafel mindestens vier Jahreswochenstunden Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe I unterrichtet werden. Das soll - neben der stärkeren Verankerung der politischen Bildung in der Lehrkräfteausbildung - die Gewähr bieten, dass die Themen der Fachanforderungen innerhalb der Jahrgangsstufen 7 bis 10 angemessen unterrichtet werden.

Dort, wo ein vierstündiger Unterricht im Fach Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe I auf Grund der gegebenen Bedingungen zum kommenden Schuljahr noch nicht realisierbar ist, habe ich die Schulen gebeten, die erforderlichen Schritte einzuleiten, damit dieses Ziel möglichst zeitnah erreicht wird.

Karin Prien
Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Bus, Bahn oder Flieger?

In Zeiten von „Fridays for Future“ wird auch in Schulen diskutiert, wohin die nächste Klassenreise geht und welches Verkehrsmittel genutzt werden soll. Bisher lagen für Schleswig-Holstein lediglich Schätzungen zu Reisezielen und Verkehrsmitteln bei Klassenfahrten vor. Eine Blitzumfrage* zu den selbst erlebten Fahrten während der Schulzeit unter Lehramtsstudierenden der Europa-Universität Flensburg im November vergangenen Jahres gibt Aufschluss über die beliebtesten Ziele und Verkehrsmittelwahl bei Schulfahrten in Schleswig-Holstein.

Ergebnisse

In der Primarstufe liegen noch 85 Prozent der Ziele in Schleswig-Holstein (41 Prozent an der Westküste, 23 Prozent an der Ostküste und 21 Prozent im Binnenland). 12 Prozent liegen in anderen Bundesländern und 3 Prozent in Dänemark.

Zu 68 Prozent wurde ein gemieteter Reisebus zur An- und Abreise gewählt, zu 28 Prozent ein Regionalzug oder der übrige Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). 4 Prozent der Schülerinnen und Schüler wurden mit privaten Wagen zum Ziel gebracht. Einen klaren Fachbezug hatte etwa ein Drittel der Fahrten, die meisten davon zum Fach Sachunterricht.

In der Klassenstufe 5/6 führten 82 Prozent der Fahrten zu Zielen in Schleswig-Holstein, 16 Prozent in andere Bundesländer und 2 Prozent nach Dänemark. Genutzt wurde zu 58 Prozent ein angemieteter Reisebus, in 26 Prozent der Fälle die Bahn (Regional- und Fernzüge), zu 8 Prozent private Wagen und in 6 Prozent der Fälle führten Radtouren zum Ziel. Die allermeisten Fahrten hatten nach Aussage der Studierenden keinen klaren Fachbezug.

In der Klassenstufe 7/8 führten nur noch 30 Prozent der Fahrten nach Schleswig-Holstein, 36 Prozent in

andere Bundesländer (insbesondere in den Harz nach Sachsen-Anhalt, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern) und 32 Prozent ins Ausland (nämlich in 9 europäische Länder, besonders oft nach Österreich). Zu 68 Prozent wurde der gemietete Reisebus genutzt, zu 20 Prozent die Bahn (Fern- und Regionalverkehr), in 5 Prozent der Fälle private Wagen, zu 4 Prozent erstmals das Flugzeug und in 2 Prozent der Fälle das Fahrrad. Oft vertreten waren Sprachreisen.

In der Klassenstufe 9/10 nahmen die Fahrten innerhalb Schleswig-Holsteins auf 12 Prozent ab. 56 Prozent führten in andere Bundesländer (besonders oft nach Berlin, aber auch nach Bayern). Die internationalen Reisen machten 32 Prozent aus (9 Länder). An der Spitze lag erneut Österreich. Zu 65 Prozent wurde der angemietete Reisebus benutzt, zu 21 Prozent die Bahn und zu 9 Prozent das Flugzeug.

In der Sekundarstufe II (Klassenstufe 11-13) führten nur noch 4 Prozent der Fahrten nach Schleswig-Holstein, 11 Prozent zu anderen deutschen Zielen und 85 Prozent zu Zielen im Ausland, genau genommen in 16 verschiedene europäische Länder (22 Prozent alleine nach Italien und jeweils zu 8 Prozent nach Spanien, Tschechien und die Niederlande). In 54 Prozent der Fälle wurde ein angemieteter Reisebus genutzt, in 28 Prozent der Fälle das Flugzeug, zu 16 Prozent die Bahn und zu einem Prozent der Fernbus. 39 Prozent der Fahrten hatten keinen direkten Fachbezug.

Vom Nahen zum Fernen

Bei den Ergebnissen zeigt sich klar das Prinzip „vom Nahen zum Fernen“, da die Entfernung zum Zielort mit steigender Jahrgangsstufe zunimmt. Die Flugnutzung liegt in der Oberstufe am höchsten und zwar bei 28 Prozent. In allen Jahrgangsstufen mit Abstand die Nase vorn hat der angemietete Reisebus. 85 Prozent der Oberstufenfahrten gehen ins Ausland.



Die Bewertung der Ergebnisse umfasst mehrere Teilbereiche. Zum einen ist stets anzumerken, dass es sich bei Schulfahrten jedweder Art um Lehrveranstaltungen handelt, bei denen die Vermittlung von Kompetenzen im Vordergrund steht. Ob es sich dabei um fachliche, methodische, sprachliche, oder aber um interkulturelle, sportliche oder soziale Kompetenzen handelt, ist gleich. Das Ziel sollte entsprechend passend ausgewählt werden. Dabei spielen auch ein möglichst geringer Kostenrahmen sowie der organisatorische Aufwand eine Rolle. Zudem sollten Schüler und Schülerinnen sowie deren Eltern mit eingebunden werden.

In puncto Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß und Verkehrsmittelwahl schneiden nach dem Fahrrad und dem Zufußgehen der Reise- oder Fernbus sowie der Bahnfernverkehr am besten ab, wobei der Bus durch seine in der Regel bessere Auslastung etwas die Nase vorn hat. Das Flugzeug liegt weit abgeschlagen auf dem letzten Platz. Bei gemieteten Bussen, die zwar grundsätzlich energiesparend fahren und besonders flexibel sind, ist stets zu bedenken, dass diese nur für die Fahrt selbst unterwegs sind, während die Bahn sowieso fährt.

Prof. Dr. Christian Stolz

*Methodik

Befragt wurden 74 Studierende der Studienfächer Geographie und Sachunterricht (erstes und drittes Semester; Bachelor Bildungswissenschaften für die Sekundarstufe I und Grundschule). Fast alle kommen aus Schleswig-Holstein und gehören den Abitur-Jahrgängen 2015 bis 2019 an. Gefragt

wurde zunächst nach dem Jahr des Abiturs und den Orten aller besuchten Schulen. Weiterhin nach sämtlichen unternommenen Fahrten, geordnet nach Jahrgangsstufen (klassifiziert: Primarstufe - Kl. 1-4, Sekundarstufe I - Kl. 5/6, Kl. 7/8, Kl. 9/10 und Sekundarstufe II - Kl. 11-13), den Zielorten und -ländern, den zur An- und Abreise genutzten Verkehrsmitteln

sowie nach eventuellen Fachbezügen. Im Unteren Teil des Fragebogens waren erläuternd Unterscheidungskriterien zwischen Verkehrsmitteln vorgegeben: Flugzeug, Fernzug (ICE, IC, EC), Fernzug (mit Schlaf-/Liegewagen), Regionalzüge und sonstiger ÖPNV, Fernbus (öffentlich), Reisebus (gemietet). Nicht alle Bogen wurden vollständig ausgefüllt.

Netzwerken zum DigitalPakt Schule



Die Medienberater des Institutes für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) gehen ins Land: An 17 Orten haben sie seit dem vergangenen Jahr regionale Netzwerktreffen etabliert, in denen Schulträger zum Digitalpakt Schule beraten werden. Die Liste reicht von Leck ganz im Norden bis zu Schwarzenbek im Süden des Landes. Die insgesamt über 250 Schulträger bringen dabei ganz unterschiedliche Voraussetzungen mit: Es gibt Schulträger mit viel Erfahrungen bei Schul-IT-Management und Infrastruktur, andere können erst dank der Gelder aus dem DigitalPakt Schule die digitale Ausstattung ihrer Schulen planen. „Es gibt Fragen zum Antragsverfahren, zum Auszahlungsmodus der Gelder oder zu technischen Lösungen für Schulen“, beschreibt Sachgebietsleiter Christoph Olsen die ersten Treffen. Gemeinsam mit Kollegen organisiert er die Veranstaltungen und unterstützt mit Informationen und Beratungsangeboten. „Viele Schulträger nutzen diese Treffen, um sich mit anderen Schulträgern auszutauschen. Best-practise-Beispiele werden ebenso weitergegeben wie negative Erfahrungen mit bestimmten Ausstattungstechniken“, ergänzt er. Häufig fragen Schulträger nach einer individuellen Beratung. Christoph Olsen und seine Kollegen versuchen immer, dies möglichst zu machen – zum Beispiel zum Thema Projektmanagement. Sie

beraten zu diesem Planungsprozess und werfen auch mal einen Blick auf den Investitionsplan. Die Erfahrungen können in einem der nächsten regionalen Netzwerktreffen an andere Schulträger weitergegeben werden. Geplant ist, die Treffen künftig je nach Bedarf zwei- bis dreimal im Jahr stattfinden zu lassen.

Das IQSH hält für Schulträger und die Schulen weitere Beratungsangebote vor:

- Bereitstellung von Musterlösungen für Schulträger / Schulen (zum Beispiel Musterlösung Grundschule, Landeslösung Schulcommsy SH) inklusive Beratung, Schulung und Support
- Vernetzungsangebote für Schulträger für besondere Themen (zum Beispiel. Schulträgerlösungen, Projektmanagement)
- Betrieb der Digitalpakt-Hotline
- Unterstützung bei der Bereitstellung des Breitbandanschlusses des Landes
- Veranstaltungen zur gemeinsamen Ausstattungsplanung von Schulträgern und Schulen
- Aufbau von regionalen Netzwerken für den intensiven Austausch von Schulen zu den Themen Ausstattung, Fortbildungsplanung und Fachentwicklung an acht Standorten
- Fortbildungsveranstaltungen zu Themen der medienkonzeptionellen

Arbeit (auf Schulleitungsebene) und zum Unterrichten mit digitalen Medien angepasst an in den regionalen Netzwerken geäußerten Bedarf. Darunter Zertifikatskurse zum Lernen mit digitalen Medien. Einbeziehung der unten genannten Medienwerkstätten

- Initiierung von Kooperationsveranstaltungen, bei denen Schulen sich in den regionalen Netzwerken untereinander öffnen und Arbeitsgruppen bilden
- Medienbersatersprechstunden als Beratungsangebote für Einzelgespräche
- Aufbau eines Online-Angebots mit Materialien, die die Fortbildungsteilnehmerinnen und Fortbildungsteilnehmer als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den eigenen Schulen nutzen können

Alle Angebote für Schulen und Schulträger finden sich auf der Medienberatungshomepage:

www.medienberatung.iqsh.de

Aus dem DigitalPakt Schule (2019 bis 2024) erhält Schleswig-Holstein insgesamt rund 170 Millionen Euro. Von dieser Summe sind bestimmte Anteile für regionale, landesweite und länderübergreifende Investitionsmaßnahmen vorbehalten. Für Investitionen an Schulen – und ggf. bestimmte regionale Maßnahmen durch Träger – stehen den Schulträgern „Schulträgerbudgets“ zur Verfügung. Die Budgets der Träger der öffentlichen Schulen haben ein Gesamtvolumen von rd. 142 Millionen Euro. Die Schulträger haben bis zum 31.12.2022 Zeit, Anträge einzureichen. Dazu gibt es ein Online-Antragsverfahren, über das sie DigitalPakt-Mittel beim Bildungsministerium beantragen können. Das Antragsverfahren ist für die Träger der öffentlichen Schulen seit Ende September 2019 freigeschaltet. Bisher wurden noch keine Mittel abgerufen, es liegen jedoch Anträge von acht Schulträgern (Stand Mitte Februar 2020) mit einem Volumen von insgesamt ca. 960.000 Euro vor. Weitere Informationen unter www.schleswig-holstein.de/bildung